

Neues von Valerie Wilms

Frühling 2012

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



**Grüne Kraft
voraus!**

Gibt es Politikverdrossenheit?

Liebe Leserin, lieber Leser,

häufig höre oder lese ich von einer weit verbreiteten Politikverdrossenheit und vielseitig lauern den Gefahren für unsere Demokratie. Auch ich selbst sehe durchaus immer wieder Probleme, bei denen ich mir Gedanken über den Zustand unseres Landes mache. Aber sind wir vielleicht nicht etwas vorschnell mit diesem Urteil? Wenn ich unterwegs bin und mit Bürgerinnen und Bürgern rede, haben viele Menschen Sorgen und sind unsicher, wohin unser Land steuert. Das Interessante ist: Gleichzeitig reden diese Menschen von einer sehr lebendigen Demokratie. Sie sagen das nicht unbedingt so, aber sie erzählen, wofür sie sich alles einsetzen. Jeder dritte in Deutschland arbeitet ehrenamtlich und will etwas für sich und andere verändern.

Wir haben eine freie Presse, die viel Spannendes aber auch viel Unsinn schreibt – jedoch ganz bestimmt nicht immer das, was sich die Politik wünschen würde. Kaum eine demokratische Institution ist so angesehen wie das Bundesverfassungsgericht – über drei Viertel haben großes Vertrauen in das höchste Organ der Judikative. Nach wie vor wählen die Deutschen absolut überwiegend demokratische Parteien und der Wunsch nach einem Kaiser oder Diktator erscheint mehr als abstrus. Menschen demonstrieren, treffen sich zu runden Tischen und verlangen mehr Mitspracherechte. Sie wollen nicht weniger – sondern mehr Demokratie.

Was also ist dann das Problem? Ich denke, dass sich viele vor allem am Gestus stören, der gern und häufig von Politikerinnen und Politikern gepflegt wird. Obwohl wir in einer Welt mit Millionen von Fragen und Antworten leben, glauben viele aus meiner Zunft weiterhin, immer und sofort auf alles die eine Antwort zu haben – selbst wenn es noch gar keine gibt. Verbunden damit ist die Vermutung, niemals eine Fehleinschätzung zugeben zu

dürfen – und so wird oft munter drum herum geredet, obwohl alle schon längst alte Statements gegoogelt haben und wissen, dass da jemand seine Meinung geändert hat. Das ist seltsam, denn genau das ist das Wesen der Demokratie. Demokratie ist nicht starr sondern beweglich, sie reagiert auf sich ändernde Umstände und Bedürfnisse – und genau deswegen können und müssen sich Einschätzungen und Ansichten ändern. Ich würde mich freuen, wenn wir uns alle diese Offenheit bewahren, gegenseitig anregen und unser Land so gestalten. Denn dann ist unsere Demokratie keineswegs in Gefahr.

Herzlich, Ihre

Valerie Wilms



Foto: Ruth Rudolph / pixelio.de

Schifffahrt verbindet

Die Maritime Wirtschaft ist seit der Krise in einer schwierigen Lage. Valerie Wilms hat ein neues Konzept für die Zukunft der Branche erarbeitet.

Die maritime Wirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftszweig für das gesamte Bundesgebiet – etwa 400.000 Menschen sind hier beschäftigt. Die Branche ist längst nicht mehr nur Seeschifffahrt, Fischerei oder Schiffbau – sondern vielmehr auch Meerestechnologie, Energie, Finanzwirtschaft und Logistik.

Deutschland profitiert als Außenhandelsnation ganz besonders von der vielfältigen maritimen Wirtschaft und an der zukünftigen Entwicklung der Branche wird sich zeigen,

ob eine globalisierte Wirtschaft auch nachhaltig sein kann. Das Papier der Bundestagsfraktion entwickelt Perspektiven, wie sich die Branche den anstehenden Problemen stellen kann.



Bahnhofsverkauf: Chancen nutzen

Die Deutsche Bahn will weitere Bahnhöfe in Schleswig-Holstein verkaufen. Kommunen können jetzt etwas aus den Gebäuden in zentraler Lage machen.

„Wir müssen dabei aufpassen, wie die Deals abgewickelt werden. Es dürfen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholt werden“, fordert Valerie Wilms. Wenn Bahnhöfe ohne Bedingungen an Immobilienfonds verkauft werden, ist für sie die Gefahr zu groß, dass die Gebäude verkommen und die Kommunen sie nicht nutzen könnten. Grundsätzlich findet Valerie Wilms die Absicht der Bahn nachvollziehbar. „Als betriebswirtschaftlich handelndes Unternehmen muss es sich auch von nicht rentablen Betriebsteilen trennen können und nicht mehr benötigte Immobilien verkaufen dürfen.“ Kommunen sollten die Möglichkeiten zum Kauf nutzen. Sie will sich jetzt für eine Unterstützung einsetzen.



Die Bahn ist gut – und muss sich ändern!

Ein Gesamtkonzept entwirft eine Vision für den Schienenverkehr der Zukunft. Mit mehr Wettbewerb soll es bessere Angebote für Fahrgäste und mehr Gütertransporte geben.



Foto: Erich Westendarp/ pixelio.de

Grüne mögen die Bahn – und sind gleichzeitig ihre größten Kritiker. Der Verkehr auf der Schiene spielt eine zentrale Rolle in ihrer Verkehrspolitik, gleichzeitig ist der DB-Konzern eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft mit ganz eigenen Vorstellungen. Seit der Privatisierung hat der Bund viel Geld ausgegeben – mit sehr durchwachsenen Ergebnissen. Die Konsequenz: Die Bahn muss weiter entwickelt werden. Ein Positionspapier der Fraktion – entstanden in Zusammenarbeit zwischen dem Ausschussvorsitzenden Toni Hofreiter und Valerie Wilms – entwirft jetzt ein Gesamtkonzept: Mobilität für alle, mehr und intelligentere Investitionen, Lärmschutz, Abbau umweltschädlicher Subventionen im Straßen- und Luftverkehr, ein Deutschland-Takt als integraler Taktfahrplan, faire Arbeitsbedingungen, neue Ansätze zur Projektplanung und die Trennung von Infrastruktur und Transport sind die wichtigsten Stichworte.



Ernüchterung nach der Euphorie

Elektromobilität erlebte im letzten Jahr viel Zuspruch. Derzeit größter Schwachpunkt ist jedoch die Finanzierung.

Ein Großteil der Mittel sollte über den Emissionshandel kommen – nachdem die Zertifikate jedoch nicht die erhofften Preise erzielen, ist jetzt die Zukunft unklar. „Ich sehe schwarz für die Entwicklung der Elektromobilität. Die Finanzierung durch den Energie- und Klimafonds war von Anfang an der falsche Weg“, findet Valerie Wilms. Um den Markt für Elektrofahrzeuge zu stimulieren, brauche es einen Kaufzuschuss von 5.000 Euro pro Fahrzeug. Das

könnte haushaltsneutral durch eine Umstellung der Kfz-Steuer auf ein Bonus-Malus-System nach französischem Vorbild finanziert werden.



Foto: Rainer Sturm

Das Plus nach Rio

Die Grünen ziehen Bilanz: Zwanzig Jahre nach dem Erdgipfel fragen wir, wie es weitergeht

Konferenz am 12. Mai 2012 in Berlin

Beim Erdgipfel in Rio 1992, der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, haben sich die Vertragsstaaten erstmals zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise bekannt. Damals hieß es: Die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Die Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Nationen, eine Verschlimmerung von Armut, Hunger, Krankheit und Analphabetentum sowie die fortgesetzte Zerstörung der Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt, würden unsere Zukunft bedrohen. Ein wichtiges Stichwort seitdem ist „AGENDA 21“. Mit diesem Programm – beschlossen von 172 Staaten – wurden Institutionen gegründet und Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt. In Deutschland haben seitdem 2.600 Kommunen eine lokale Agenda 21 beschlossen – sie wollen direkt vor Ort etwas ändern. Die rot-grüne Bundesregierung legte 2002 eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie vor, auf zivilgesellschaftlicher Ebene entstanden zahlreiche Initiativen, Unternehmen erklären seitdem in Berichten, wie sie umwelt- und sozialverträglich wirtschaften wollen. Es entstand eine regelrechte neue Welle der Nachhaltigkeit.

Das ist zwanzig Jahre her. Viele fragen sich, was wir in dieser Zeit erreicht haben. Wir stehen mehr denn je vor genau den gleichen Problemen, die mit der AGENDA 21 eigentlich verhindert werden sollten. Der durch Treibhausgase erzeugte Klimawandel hat eingesetzt, die Artenvielfalt stagniert und droht weiter abzunehmen.

Scheitert das Nachhaltigkeitsprojekt am Willen seiner Erfinder?

Wie ist die Kluft zwischen Wachstum und den Grenzen der Erde angesichts der weiter steigenden Weltbevölkerung fair und ressourcenschonend zu bewältigen?

Anlässlich der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung 2012 wollen wir Bilanz ziehen, aber vor allem den Blick in die Zukunft richten und weitergehende Lösungen präsentieren. Wir sprechen nicht von Rio+20, sondern von Rio20+. Das Plus steht bei uns hinter Rio – denn unser Fokus liegt in der Zukunft. Wir wollen diskutieren: Mit denen, die global gestalten und mit denen, die vor Ort aktiv sind. Klaus Töpfer und Achim Steiner vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen werden genauso dabei sein, wie viele Vertreter der lokalen Gruppen.

Wir laden Sie und Euch herzlich ein, mit uns zu debattieren, Ideen auszutauschen und Strategien zur Bewältigung der multiplen Krisen zu entwickeln. Seid dabei, mit eigenen Vorschlägen und Kritik für eine bessere Zukunft.



Entscheidende Phase in der Enquete

Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat einen Zwischenbericht für einen alternativen Wohlstandsindikator vorgelegt.

Die Kommission beschäftigt sich mit Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft und soll einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator entwickeln. Eigentlich ist man sich einig, dass der Wohlstand nicht mehr allein über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen werden soll. Neue Kennziffern sollen auch ökonomische, soziale und ökologische Dimensionen, Wohlergehen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Nachhaltigkeit verdeutlichen. Jetzt wurde ein Zwischenbericht vorgelegt - eine endgültige Definition für den Indikator oder die Indikatoren fehlt aber noch.

Obwohl der Zwischenbericht noch keine Lösung anbietet, wie eine Alternative zum Bruttoinlandsprodukt aussehen könnte, wurde er von allen Fraktionen gelobt. Insgesamt ist der Bericht wertvoll für den Prozess der interfraktionellen Annäherung. Dieser Prozess ist entscheidend, um überhaupt zu einer tragfähigen Lösung zu gelangen. „Wir sind jetzt in einer sehr entscheidenden Phase,“ sagt Valerie Wilms. „Ein Konsens in der Sache ist wichtig, denn es geht um die Zukunftsfähigkeit der Menschheit an sich. Statt uns ständig zu fragen, ob wir wachsen müssen, sollten wir uns endlich fragen, wie wir angesichts der Grenzen der Erde Wohlstand für alle gewährleisten können.“ Gegen diese Sichtweise wehrt sich jedoch eine sehr kleine Minderheit in der Enquete – derzeit ist deswegen offen, ob die Enquete die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann. Valerie Wilms ist aber zuversichtlich: „Dafür ist mir die Sache viel zu wichtig.“



Politiktheater um die A 20

Die jüngsten Bekenntnisse des Bundesverkehrsministeriums und der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen zum Weiterbau der Autobahn 20 sind wertlos.



Foto: Benjamin Thorn / pixelio.de

Auf Nachfrage musste das Ministerium einräumen, dass „belastbare Aussagen zu Baubeginn und Jahresfinanzierungsraten zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich“ sind. Die gemeinsame Erklärung von Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bund von Ende Februar stelle nur eine Selbstverpflichtung dar. „Ich weiß nicht, ob ich weinen oder lachen soll“, sagt dazu Valerie Wilms. „Vor jeder Wahl erleben wir so ein Politiktheater, bei dem mit viel Brimborium wertlose Bekenntnisse zu großen Bauprojekten abgegeben werden.“ Wenn die Wahl vorbei sei, stehe das dann zusammen mit vielen anderen Projekten auf einer großen Liste, für die am Ende das Geld fehle. „Ich finde es ärgerlich, dass nur aus Wahlkampfaktik den Menschen und Unternehmen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen etwas vorgegaukelt wird. Es werden Erwartungen geweckt, die wir als Politik nicht erfüllen können.“



Mit Valerie Wilms auf dem Grünen Sofa

Die neue Veranstaltungsreihe hat sich inzwischen etabliert und wird immer beliebter.

Seit Oktober 2011 hat Valerie Wilms verschiedene Gäste auf ihr Grünes Sofa eingeladen. Propst Thomas Drope machte den Auftakt und diskutierte über Grüne und Glauben. Gastgeberin Valerie Wilms wollte wissen, wie christlich die Grünen sind – und wie grün die evangelische Kirche. Spannend war auch die Diskussion über das Verhältnis zwischen Grünen und chemischer Industrie. Bis heute ist das Verhältnis nicht spannungsfrei, denn Jute statt Plastik stand schon in der Gründungsurkunde der Grünen. Als energieintensive Branche trägt die Chemie wesentlich zum Klimawandel bei und gentechnisch veränderte Lebensmittel lassen nicht nur vielen Grünen die Haare zu Berge stehen. Stehen also die Zeichen weiter auf Kampf? Nicht unbedingt. In der Diskussion konnten auch gemeinsame Positionen gefunden werden.

Auch bei der Debatte um die Zukunft der Landkreise mit dem Landrat des Kreises Pinneberg, Oliver Stolz, kamen provokante Fragen zur Sprache: Brauchen wir noch Landkreise? Die Frage konnte nur mit einem klaren „Ja, aber...“ durch den Landrat beantwortet werden. Dieses Gespräch konnte mit einer etwas anderen Note mit Ines Strehlau weiter geführt werden. Als Landtagsabgeordnete ist sie Mitglied der Enquete zur Untersuchung der „Chancen einer norddeutschen Zusammenarbeit.“ Hier ging es nicht nur um die Zukunft der Kreise, sondern um die Frage, welche Möglichkeiten es gibt, um zwischen den Nordländern stärker zusammen zu arbeiten. Die Frage hier: Wie weit wollen wir gehen? Können wir uns sogar einen gemeinsamen Nordstaat vorstellen?

Valerie Wilms selbst macht die Veranstaltungsreihe viel Spaß. „Es freut mich vor allem, dass wir über aktuell Politisches hinausgehen und nicht in bekannten Mustern diskutieren.“ Als nächste Termine sind der 7. Juni, der 28. August und der 30. Oktober 2012 geplant.



Kontakt (V.i.S.d.P.):

Valerie Wilms

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Bahnpolitik
Berichterstatterin für maritime Politik
Nachhaltigkeitsbeauftragte



Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227-71682
Fax: 030 - 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de
www.valerie-wilms.de
Twitter: WilmsVal

Wahlkreisbüro Pinneberg
Damm 48
25421 Pinneberg
Telefon: 04101 - 553985
Fax: 04101 - 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de
www.valerie-wilms.de



Foto: Stefan Kaminski